

Deutsche Rundschau

in Polen

Przegląd Niemiecki w Polsce

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zł. mit Zustellgeld 3,80 Zł. Bei Postbezug monatl. 3,89 Zł. vierteljährlich 11,66 Zł. unter Streifenband monatl. 7,50 Zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigen Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postkonten:** Polen 202 157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 194

Bydgoszcz, Sonnabend, 26. August 1939 Bromberg

63. Jahrg.

Premierminister Chamberlain:

„Wir stehen heute vor einer direkten Kriegsgefahr.“

Aus London wird gemeldet:

Das Unterhaus, das durch den Rundfunk einberufen worden war, trat am Donnerstag nachmittag zusammen, um die außerordentlichen Vollmachten für die Regierung zu beschließen. Eingeleitet wurde die Sitzung durch eine halbstündige

Rede des Premierministers Chamberlain,

der einleitend betonte, die Regierung habe sich gezwungen gesehen, das Parlament einzuberufen, um neue Schritte zu unternehmen, welche die Lage erfordere. Chamberlain erinnerte daran, daß er am 31. Juli d. J. die Notwendigkeit unterstrichen habe, die Lage in Danzig aufmerksam zu beobachten, wobei er der Überzeugung Ausdruck gab, daß es keine Probleme gebe, die sich nicht zu einer Lösung auf dem Wege einer friedlichen Aussprache eigneten. Er müsse jedoch feststellen,

daß seit dieser Zeit die internationale Lage gefährlicher geworden sei, so daß man heute vor einer direkten Kriegsgefahr stehe.

An die Besprechungen anknüpfend, die zwischen Polen und Danzig in der Frage der polnischen Zollbeamten geschwebt haben, bezeichnete der Premierminister, diese Angelegenheit als eine solche, die keine größere Bedeutung besäße. Er meinte, daß in der Vergangenheit viel größere Schwierigkeiten unter weniger gespannten Bedingungen beigelegt worden seien. Die Besprechungen begannen tatsächlich in der vergangenen Woche, aber während sie im Gange waren, habe die reichsdeutsche Presse verkündet, daß Danzig den Gegenstand irgendwelcher Konferenzen oder irgendwelcher Kompromisse nicht bilden könne, sondern unverzüglich und bedingungslos zum Reich zurückkehren müsse. Die deutsche Presse sei sogar noch weiter gegangen, indem sie die Danziger Frage mit der Frage vom Verbleib in Zusammenhang brachte, die gesamte Politik und Haltung der polnischen Regierung angriff und ihr eine schlechte Behandlung der in Polen lebenden Deutschen zum Vorwurf machte. Wir haben, so erklärte der Premierminister keine Mittel, um die Richtigkeit dieser Nachrichten zu prüfen, aber uns fällt die Tatsache auf, daß diese Meldungen viel Ähnlichkeit zu den Vorwürfen aufweisen, die im vergangenen Jahr gegenüber der Behandlung der Sudetendeutschen in der Tschekoslowakei erhoben worden waren. Eine derartige Kampagne liefert einen Zündstoff, der, darüber besteht die größte Wahrscheinlichkeit, einen allgemeinen Brand hervorrufen kann.

„Ich bin der Meinung“, sagte Chamberlain weiter, daß wir uns angesichts dieser Kampagne einig darüber sind, daß die Erklärungen der polnischen Staatsmänner eine große Ruhe und Zurückhaltung gezeigt haben. Die Führer des polnischen Volkes haben, wenngleich sie entschlossen sind, sich einem Angriff auf die Unabhängig-

keit des Landes entgegenzustellen, keinen provokatorischen Standpunkt eingenommen. Sie sind stets und sind — dessen bin ich, betonte der Premierminister, sicher —

auch jetzt noch bereit, die Differenzen mit der Deutschen Regierung zu besprechen, sofern sie die Sicherheit haben werden, daß diese Unterredungen ohne Gewaltandrohung und mit einer gewissen Dosis Vertrauen geführt werden, daß die Bestimmungen der Verständigung, sofern diese erreicht wird, später auch sowohl dem Geist als auch dem Buchstaben nach geachtet werden würden.

Weiter sprach Chamberlain über die weitgehenden militärischen Maßnahmen im Reich und betonte, die Britische Regierung vertrete den Standpunkt, daß der Augenblick gekommen sei, da sie sich an das Parlament um Billigung der weiteren Verteidigungsmaßnahmen wenden müsse. Auf den

Deutsch-sowjetrussischen Pakt

übergehend, sagte der Premierminister, er werde vor der Kammer keinen Hehl daraus machen, daß die Ankündigung dieses Paktes für die Britische Regierung eine Überraschung und zwar eine Überraschung sehr unangenehmen Charakters gewesen sei. Über die Vorbereitung eines derartigen Schrittes habe die Sowjetregierung weder die Britische Regierung noch die Französische Regierung in Kenntnis gesetzt. Die Besprechungen zwischen der britisch-französischen und der sowjetrussischen Militärmission seien faktisch im Gange gewesen, und zwar auf der Grundlage

Letzte Warschauer Meldungen.

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen“)

Ministerpräsident Skladkowski hat die Rückberufung aller Staatsbeamten aus dem Urlaub angeordnet. Der Beginn des neuen Schuljahres, der auf den 4. September festgesetzt war, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden und wird durch besondere Verordnung neu festgesetzt werden.

Am Donnerstag nachmittag wurde in Warschau ein Probe-Marm mit Sirenen durchgeführt.

Am Freitag früh wurde die Bevölkerung Warschaws aufgerufen, sich freiwillig zum Auswerfen von Luftschuttgräben zu melden. Alle Einwohner, die nicht eine in dieser Zeit unbedingt notwendige Beschäftigung haben, sollen sich auf dem zuständigen Polizeirevier mit einem Spaten melden.

Durch eine Verfügung des Regierungskommissars für die Hauptstadt vom 24. d. M. ist der Ausschank und Verkauf von alkoholischen Getränken, die mehr als 4½ Prozent Alkohol enthalten, verboten. Dieses Verbot gilt bis zum Ablauf. Die Verordnung sieht strenge Strafen für alle vor, die sie übertreten.

4. bei der Entziehung der Rechte der Danziger Polen auf ihre nationale Entwicklung.

Ob die Erhebung des Gauleiters Forster zum Staatsoberhaupt eine Verletzung der polnischen Rechte im Sinne der angeführten vier Punkte bilde, werde festgestellt werden, wenn die Ziele erkennbar sind, zu denen die rechtswidrige Änderung des Statuts der Freien Stadt vollzogen worden sei.

Die Grenze nach Danzig ist nicht gesperrt!

Aus Gdingen meldet die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur:

Die Danziger Presse und der deutsche Rundfunk haben die Nachricht verbreitet, daß die polnisch-Danziger Grenze durch Polen geschlossen worden sei. Diese Nachricht ist vollkommen unwahr. Der Verkehr findet an allen Grenzübergangsstellen, wenn auch mit gewissen Schwierigkeiten statt. An der Grenzstelle Kolibki (Kolibki) macht die Danziger Grenzpolizei polnischen Bürgern, die sich von Gdingen nach Danzig und zurück begeben, Schwierigkeiten bei der Überschreitung der Grenze.

Schulschiff Schleswig-Holstein in Danzig.

Danzig, 25. August. (PAZ) Das Pressebüro des Senats teilt mit, daß am Freitag um 8 Uhr morgens das deutsche Schulschiff „Schleswig-Holstein“ den Danziger Hafen anlaufen wird. Der Kommandant des Schiffes wird nach dem offiziellen Protokoll seine Besuche machen, wobei auch ein Besuch bei dem Generalkommissar der Republik Polen vorgesehen ist.

Die „Schleswig-Holstein“ ist — so bemerkt die „PAZ“ weiter — ein alter Dampfer, der im Jahre 1905 gebaut worden ist und augenblicklich als Schulschiff dient. Ursprünglich sollte bekanntlich der Kreuzer „Königsberg“ nach Danzig kommen.

des gegenseitigen Vertrauens, als diese Bombe explodierte. Es sei höchst beunruhigend zu erfahren, daß diese Besprechungen auf einer solchen Grundlage vor sich gingen, während die Sowjetunion geheim mit Deutschland um einen Pakt verhandelte, der, nach den äußeren Anzeichen zu urteilen, mit den Zielen ihrer Außenpolitik so wie wir sie jetzt verstanden haben, unvereinbar gewesen ist.

Über die Auswirkungen dieses Abkommens sagte der Premierminister u. a. was folgt:

In Berlin wurde die Bekanntgabe des Paktes als ein großer diplomatischer Sieg begrüßt, der die Kriegsgefahr beseitigt habe, von der Voraussetzung ausgehend, daß Großbritannien und Frankreich ihre Verpflichtungen gegenüber Polen sicher nicht mehr erfüllen würden. „Wir haben es“, erklärte weiter der Premierminister unter dem Beifall der ganzen Kammer, „als unsere erste Aufgabe betrachtet, alle gefährlichen Illusionen dieser Art zu beseitigen.“

Die Garantien, die Großbritannien Polen erteilt hat, seien bereits gegeben worden, bevor von irgendeiner Verständigung mit Rußland die Rede war, und diese Garantien seien durchaus nicht abhängig gemacht worden von dem Zustandekommen einer derartigen Verständigung. Unsere Verpflichtungen gegenüber Polen und den anderen Ländern bleiben also unverändert bestehen.

Englands militärische Maßnahmen.

Nach einem Hinweis auf die von der Britischen Regierung getroffenen weiteren Defensivmaßnahmen, die durch die Kriegsvorbereitungen des Reiches gerechtfertigt seien, betonte der Premierminister, daß die britischen Anordnungen nicht als ein Akt der Bedrohung ausgelegt werden könnten. Es sei kein Akt der Bedrohung, wenn man sich darauf vorbereitet, den Freunden zu Hilfe zu kommen, die selbst die Gewalt abwehren.

Dann wandte sich Chamberlain wieder dem deutsch-englischen Verhältnis zu.

„Des öfteren“, so fuhr der britische Premierminister fort, „habe ich der Überzeugung Ausdruck gegeben,

daß ein Krieg zwischen unseren beiden Ländern die größte Katastrophe sein würde.“

Diese Tatsache in Betracht ziehend, habe ich den Deutschen Reichskanzler darüber informiert, daß es nach unserer Ansicht nichts derartiges in den polnisch-deutschen Problemen gäbe, was nicht gelöst werden könnte oder sollte, ohne zur Gewalt zuflucht zu nehmen, sofern nur das Vertrauen wiederhergestellt werden könnte. Die Antwort des Reichskanzlers enthielt abermals die Feststellung der deutschen These, daß Osteuropa eine Sphäre sei, in der Deutschland freie Hand haben müsse. Der Reichskanzler schritt in seiner Antwort die Lage in Danzig und im Korridor an und erinnerte an sein Angebot, daß er anfangs dieses Jahres zur Lösung dieser Fragen auf dem Wege von Verhandlungen gemacht hatte. Wiederholt habe ich die Behauptung zurückgewiesen, daß unsere Garantie gegenüber Polen einen Einfluß auf die Entscheidung der polnischen Regierung gehabt hätte, den damals gemachten Vorschlag abzulehnen. Unsere Garantie wurde erst nach der polnischen Ablehnung an die Adresse Deutschlands gegeben.

In Anbetracht der delikaten Lage muß ich mich aller weiteren Kommentare über den Meinungsaustrausch zwischen den beiden Regierungen enthalten. In einer Katastrophe ist es noch nicht gekommen, und wir müssen immer noch die Hoffnung hegen, daß der Verstand und die Vernunft die Oberhand gewinnen werden.“

Chamberlain fügte hinzu, daß seine Worte die Ansichten der Französischen Regierung widerspiegeln, mit der Großbritannien in engster Fühlungnahme stehe.

Der Premierminister erinnerte dann an die Rede des britischen Außenministers Lord Halifax vom 29. Juni, in der der oberste Grundsatz der britischen Politik umschrieben worden sei und schloß mit folgenden Worten:

„Das Problem des Friedens und des Krieges hängt nicht von uns ab. Ich hoffe, daß diejenigen, welche die Verantwortung tragen, über die Sendung der Menschheit nachdenken werden, deren Schicksal von ihrer Aktion abhängt. Was uns anbelangt, so haben wir das ganze vereinigte Land hinter uns, und ich bin überzeugt, daß wir der ganzen Welt einen Beweis dafür liefern, wie wir denken und wie wir handeln werden.“

Die Abstimmung.

Nachdem noch die beiden Führer der Opposition gesprochen hatten, die die Bereitschaft erklärten, daß sowohl die Arbeitspartei als auch die Liberalen die Regierung in ihrer gegenwärtigen Aktion unterstützen würden, wurde das Gesetz über die Vollmachten mit 427 Stimmen der Regierungs- und Oppositionsparteien in allen drei Lesungen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten nur vier Abgeordnete der radikalen Pazifisten. Noch in der Nacht hat der König das Gesetz unterzeichnet, das somit bereits in Kraft getreten ist.

Gauleiter Forster — Staatsoberhaupt der Freien Stadt Danzig.

Danzig, 25. August. (PAZ). In Danzig wurde am Donnerstag eine amtliche Verlautbarung veröffentlicht, in der festgelegt wird, daß auf Grund des Gesetzes über den Schutz von Volk und Staat vom Jahre 1933 und 1937 der Gauleiter Forster mit dem 24. d. M. zum Staatsoberhaupt der Freien Stadt Danzig ernannt worden ist.

Der „Kurier Poznański“ steht auf dem Standpunkt, daß die Berufung Forsters auf eine dem Senatspräsidenten übergebene Stellung im Statut der Freien Stadt nicht vorgesehen sei. Diese Tatsache bedeute also eine ernste Verletzung des Statuts. Die internationale Körperlichkeit, die über die Rechtsgrundlagen der Freien Stadt zu machen habe, sei der Völkerbund, der jetzt die Pflicht habe, zu dieser vollzogenen Tatsache Stellung zu nehmen. Das Blatt nimmt an, daß Polen die Aufmerksamkeit des Dreier-Komitees auf dieses Ereignis gelenkt habe. Der polnische Standpunkt werde in dem Augenblick festgelegt, sobald die wahren Ziele dieses Schrittes erkennbar sein werden. Sofern der Schritt Danzigs gegen die polnischen Interessen gerichtet ist, werde Polen die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Der Warschauer „Expresz Poranny“ kündigt gleichfalls an, daß die Polnische Regierung sofortige und weitestgehende Schritte ergreifen würde, wenn sie ihre Interessen in Danzig auch nur im geringsten verletzt sehe. Eine solche Verletzung der polnischen Rechte in Danzig sei in einem der vier folgenden Fälle gegeben:

1. beim Versuch des Anschlusses Danzigs an das Reich,
2. bei der Ausgliederung Danzigs aus dem polnischen Zollgebiet,
3. bei der Unterstellung der polnischen Privilegien in Danzig unter die Kontrolle eines dritten Staates und

Auch Lord Halifax hat gesprochen.

London, 25. August (PAZ). Am Donnerstag, um 11.30 Uhr, hielt der britische Außenminister Lord Halifax durch den Rundfunk eine Ansprache an das britische Volk, in der er versuchte, die Gründe der gespannten Lage zu charakterisieren. Er ging zunächst auf die Lage der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Volksgruppe in Deutschland ein, wobei er betonte, daß beide Partner über die Behandlung dieser Minderheiten Klage erhoben hätten. Doch diese Probleme, so meinte Halifax, hätten zwischen Deutschland und Polen in freundschaftlicher Form gelöst werden können. Dieses Problem gehöre also an und für sich nicht zu der Reihe derjenigen, die nicht auf dem Wege einer Verständigung der Lösung entgegengeführt werden könnten. Doch das Wesen der Schwierigkeiten liege in weit tieferen Gründen. Das Leben aller Staaten hänge schließlich von der gegenseitigen Achtung der Rechte der einen durch die anderen sowie von dem Vertrauen ab, daß diese Staaten nach eigenem Belieben leben könnten, unter der Bedingung jedoch, daß sie sich nicht in Fragen ihrer Nachbarn in dieser Beziehung einmischen.

Im Laufe seiner ganzen Geschichte habe sich das britische Volk stets berufen gefühlt, sich den Versuchen einer Macht zur Herrschaft über Europa auf Kosten anderer entgegenzustellen. Nach den Ereignissen, die in den ersten Monaten dieses Jahres zu verzeichnen gewesen seien, und die das ganze Vertrauen untergraben hätten, „haben wir uns“, so fuhr Lord Halifax fort, „bemüht, mit Hilfe von Worten und Taten den Beweis dafür zu liefern, daß wir bereit sind, den Ländern zu Hilfe zu kommen, die ihre Unabhängigkeit als direkt gefährdet ansehen, und die bereit sind, ihre Freiheit zu verteidigen. Wir haben aus diesem Grunde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, und aus demselben Grunde führen wir zusammen mit Frankreich Verhandlungen mit Rußland. Die Nachricht von der zwischen Rußland und Deutschland zustande gekommenen Verständigung hat die ganze Welt in Erstaunen versetzt. Sie ist aber nicht imstande, zu verhindern, daß die durch die Britische Regierung Polen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden.“

„Es ist nicht britische Art — so erklärte Lord Halifax zum Schluß — sich von eingegangenen Verpflichtungen zurückziehen“, um dann der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Regierung die Unterstützung des ganzen Landes in allen Maßnahmen finden werde, die sie eventuell zur Verteidigung der Freiheit in der Welt treffen müssen.

England in der Entscheidung.

Konzentrierung der englischen Flotte bei Scapa Flow.

Ausfuhrverbot für Rohstoffe.

Der „Kurjer Warszawski“ ließ sich am 24. August aus London folgendes melden:

Am Vortage des Zusammentritts der beiden Kammern des Parlaments und der erwarteten wichtigen Erklärung des Premierministers Chamberlain ist in London eine ganze Reihe von Verordnungen erlassen worden, die davon zeugen, daß England mit der Möglichkeit eines Kriegsausbruchs im Laufe der nächsten Tage rechnet. Im Laufe des Mittwochs wurde die Mobilmachung der gesamten Kriegsflotte zusammen mit den Flottenreserven beendet, wobei die gesamte Flotte bei Scapa Flow zusammengezogen wurde. Durch eine andere Verordnung wurde ein Ausfuhrverbot für Rohstoffe aus England erlassen. Verboten ist u. a. die Ausfuhr von Aluminium, Kupfer, Blei, Eisen, Eisenbruch, Stahl, Baumwolle, Kautschuk und Nickel. Die Ausfuhr dieser Artikel darf lediglich mit besonderer Genehmigung erfolgen. Zwei andere Verordnungen betreffen die Ausfuhr von Kriegsmaterial. Von dem Verbot werden auch Zivil-Flugzeuge, Jagdmaschinen und die entsprechende Munition erfasst. Die Marine-schiffahrt befindet sich in Kriegsbereitschaft. Die Mobilmachung der Reserven der regulären und Territorial-Armee ist vorbereitet und kann im Laufe von zwölf Stunden durchgeführt werden.

Den ganzen Tag über hielt eine ungewöhnlich belebte politische und diplomatische Tätigkeit an. Lord Halifax empfing mehrere Botschafter und Gesandten, u. a. den Polnischen Botschafter Graf Raczyński, mit dem er eine nahezu einstündige Besprechung hatte, sowie den USA-Botschafter Kenney, der unmittelbar darauf dem Premierminister Chamberlain einen Besuch abstattete, um ihm mitzuteilen, daß Präsident Roosevelt vom Urlaub nach Washington zurückgekehrt sei, um in einer für Europa so kritischen Zeit persönlich die Leitung der amerikanischen Politik zu übernehmen. Der Premierminister konferierte den Tag über mit den einzelnen Mitgliedern des Kabinetts. Diese Beratungen betrafen sowohl Maßnahmen für den Kriegsfall, als auch die in den beiden Kammern abzugebenden Regierungserklärungen. Die Stimmung in London ist ruhig, aber voller Entschlossenheit.

England sperrt die Einfahrt in das Skagerrak.

Stockholm, 25. August (PAZ). Aus Goeteborg wird berichtet, daß eine starke englische Flotte zwischen Skagen und der Küste Norwegens vor Anker liege. Die englischen Kriegsschiffe sind zwei bis drei Kilometer voneinander entfernt und haben die Einfahrt in das Skagerrak abgeriegelt. Kapitäne dänischer Schiffe haben einige Torpedoboote sowie ein Flugzeugmutter-schiff mit 15 Flugzeugen an Bord bemerkt.

Militärische Bereitschaft in Gibraltar.

Gibraltar, 24. August. (PAZ) Seit Mittwoch hat die militärische Bereitschaft in Gibraltar ihren Höhepunkt erreicht. In der britischen Garnison herrscht Belebtheit. Alle Ausreise- und Urlaubsgenehmigungen in den militärischen Abteilungen wurden rückgängig gemacht. Die Stellungen der schweren und der Flak-Artillerie auf den Anhöhen in der Nähe der Festung sind besetzt, und die Abteilungen an der spanischen Grenze wurden verstärkt. Die Einfahrt in den Hafen von der nördlichen Seite wurde gesperrt. Man rechnet mit der Ankunft neuer Kriegsschiffe.

Madrid, 25. August. (Eigene Meldung). Die englischen Militärbehörden haben die Räumung Gibraltars durch alle Ausländer innerhalb von 48 Stunden angeordnet.

Entschiedene Haltung der polnischen Presse

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen“)

Warschau, 25. August.

In der „Gazeta Polska“ widmet der Berliner Berichterstatter Kasimir Smogorzewski der polnisch-deutschen Verständigung einen rückwärtigen Artikel, in dem er die einzelnen Phasen des polnisch-deutschen Verhältnisses schildert, wobei er u. a. die interessante Bemerkung macht, daß die Verständigung mit dem Reich um so mehr Ausichten hätte, „als ja doch die polnisch-deutschen Grenzen in Versailles nicht durch ein Diktat festgelegt worden seien, sondern durch einen Kompromiß zwischen dem Wunsch Polens auf völligen Anschluß Danzigs und Ostpreußens und dem Wunsch Deutschlands, durch Aufrechterhaltung der Annektierung Pommerehrens eine Brücke zwischen Ostpreußen und dem Reich zu behalten.“

Smogorzewski schreibt mit dem Blick auf die Zukunft: Nach den Ansichten der leitenden Kreise des Reiches soll Polen, nachdem es im Westen und Osten entsprechend eingeschränkt ist, ein Anhängsel nach Art der Slowakei an den deutschen „Lebensraum“ bilden. In wirtschaftlicher Beziehung soll Polen im Sinne dieser deutschen Ansichten ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter behalten, das heißt: es soll Deutschland Lebensmittel und Arbeitskräfte liefern, sowie der deutschen Industrie einen Absatzmarkt schaffen. Smogorzewski erklärt abschließend, daß nach einem gewonnenen Kriege diese Pläne nicht ins Leben treten würden. Die gegenwärtige Lage ist so, daß es genügt, wenn ein Mann die Lage falsch einschätzt, seine eigenen Möglichkeiten überschätzt und die anderen unterschätzt, um den Krieg unvermeidlich zu machen.

In einem weiteren Berliner Bericht der „Gazeta Polska“ heißt es, daß in Berliner ausländischen diplomatischen Kreisen der Moskauer Pakt nicht nur als Pakt über den Nichtangriff, sondern auch als Pakt der Ermunterung für den eventuellen Angriff angesehen wird. Im übrigen bemerkt der Bericht der „Gazeta Polska“, daß auf den Straßen Berlins seit zwei Tagen große Bewegungen von Truppen verschiedener Waffengattungen zu bemerken seien.

Im übrigen wird von der Gesamtheit der Warschauer Blätter entschieden betont, daß Polens Kampfbereitschaft durch die Verständigung Rußlands mit dem Reich nicht geschwächt sei. Nach der Rückkehr des Reichsaußenministers von Moskau werden die nächsten Schritte des Reiches mit Spannung erwartet.

„Die Welt steht in Waffen!“, schreibt der „Kurjer Czerwony“. Der „Goniec Warszawski“ erklärt, Polen sei heute besser gerüstet und auf den Krieg vorbereitet als Rußland im Jahre 1914. „Mit Polen gehen England und Frankreich, wir haben das Bündnis mit Rumänien, die Freundschaft Ungarns, die Sympathie der baltischen und skandinavischen Völker, das Verständnis Amerikas, Belgians, Hollands, der Schweiz usw. 90 Prozent der Weltöffentlichkeit steht auf der Seite Polens.“

In einem von der halbamtlichen „Ifra“-Agentur verbreiteten Artikel wird die Frage aufgeworfen, ob man sich überhaupt einen Staat denken könne, der Deutschland angreifen wolle. Heute genüge es

Neue Friedensbotschaft des Papstes.

Vatikanstadt, 26. August. (PAZ) Am Donnerstag um 19 Uhr nachmittags richtete Papst Pius XII. im Castrum Gandolfo durch den Rundfunk an die ganze Welt eine Botschaft, in der der Heilige Vater u. a. folgendes erklärte:

Wieder hat eine schwere Stunde für die große Familie geschlagen, wie sie die Menschheit ist. Dies ist eine Stunde sehr bedeutender Entschlüsse, denen gegenüber das Herz des Papstes nicht gleichgültig sein kann. Wir sind mit euch allen, die im gegenwärtigen Augenblick die Last der Verantwortung tragen. Heute, da trotz unserer ständigen Gebete die Furcht vor einem internationalen Konflikt immer stärker wird, da die Spannung der Gemüter so weit vorgeschritten ist, daß sie die Entfesselung eines grausamen internationalen Konflikts zu bedeuten scheint, richten wir den wärmsten Appell an die Regierenden und an die Völker.

Durch die Vernunft, nicht aber durch die Waffen bahnt sich die Gerechtigkeit den Weg. Imperien, die nicht auf Gerechtigkeit aufgebaut sind, werden von Gott nicht gesegnet. Eine Politik, die ohne Moral ist, verrät gerade diejenigen, die gerade eine solche Politik treiben wollen. Die Gefahr ist nahe, aber es ist noch Zeit. Mögen die Menschen anfangen, sich gegenseitig zu verständigen. Mögen sie Verhandlungen aufnehmen. Mögen sie mit gutem Willen verhandeln! Bei Achtung der gegenseitigen Rechte werden sie wahrnehmen, daß aufrichtigen und arbeitsamen Verhandlungen ein positives und ehrenvolles Ergebnis nicht verschlossen ist.“

Zum Schluß erteilt die Botschaft des Heiligen Vaters allen den päpstlichen Segen.

Roosevelts Appell an den König von Italien

Rom, 26. August (PAZ). Am Donnerstag früh händigte in San Anna di Vallera der Botschafter der Vereinigten Staaten am Quirinal dem König Viktor Emanuel III. eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt ein. Gerüchten zufolge enthält die Botschaft einen Appell, alles daranzusetzen, um den Frieden zu retten. Nach bis jetzt unbestätigten Versionen begab sich auch der italienische Außenminister Graf Ciano nach San Anna di Vallera, einer der königlichen Residenzen, die in Piemont an der französischen Grenze gelegen ist.

Mussolini hat den Pakt mit dem Kreml empfohlen

Die römische Zeitung „Giornale d'Italia“ stellt fest, daß der deutsch-sowjetische Pakt für Italien keine Überraschung gewesen ist. Mussolini habe den Abschluß eines derartigen Paktes Deutschland angeraten und über dieses Thema mit Generalfeldmarschall Göring während seiner letzten Anwesenheit in Rom gesprochen. Außerdem war Italien über den Verlauf der deutsch-sowjetischen Besprechungen informiert.

Die Engländer sollen Deutschland verlassen.

London, 25. August. (PAZ). Die Britische Botschaft in Berlin hat die Weisung erhalten, allen augenblicklich in Deutschland weilenden britischen Staatsangehörigen zu empfehlen, unverzüglich das Land zu verlassen. Alle Korrespondenten der englischen Zeitungen und Agenturen sind bereits am Donnerstagabend nach London abgereist. Das Foreign Office warnt alle englischen

nicht mehr, so schließt der Artikel, zu fordern und zu reden, um die Grenzen der Welt zu ändern, heute heiße es, die Seitengewehre aufzupflanzen: „entweder Biegen oder Brechen!“ Auf der anderen Seite werden alle Gerüchte, Polen habe Angriffsabsichten, entkräftet zurückgewiesen. Daß Polen einen Angriff auf Danzig plane, sei eine Lüge, schreibt „Kurjer Czerwony“. Polens Ziel sei der Friede Europas.

Polen ist auf alles vorbereitet!

Wie wir bereits gestern berichteten, trat am Mittwoch spät abends der Ministerrat zu einer Sitzung zusammen, in der man sich, wie sich der „Dziennik Poznański“ von seinem Warschauer Korrespondenten melden läßt, mit der politischen Lage beschäftigte, die sich in den letzten Tagen herausgebildet hat. Polen sei, so heißt es in dem Bericht weiter, durch die Entwicklung der Lage durchaus nicht überrascht worden, da Polen auf alles vorbereitet sei.

In Warschau ist der Polnische Botschafter in Berlin, Lipski, eingetroffen und hatte, wie daselbe Blatt selbst, eine Unterredung mit Minister Bed über die polnisch-deutschen Beziehungen. Von anderen Polnischen Botschaftern gehen in Warschau Berichte über die Besprechungen ein, die sie mit den maßgebenden Stellen der betreffenden Staaten führen. Der Polnische Botschafter in London Graf Raczyński konferierte am Mittwoch zwei Stunden lang mit Lord Halifax und Botschafter Lukasiwicz in Paris wurde von Ministerpräsident Daladier empfangen. Der Polnische Botschafter in Bukarest hatte eine Konferenz mit Minister Gafencu.

Außenminister Bed hatte am Donnerstag wieder Unterredungen mit den Botschaftern der beiden Westmächte in Warschau. Außerdem statteten ihm der Sowjetrussische und der Japanische Botschafter einen Besuch ab.

Polenbund-Büro in Berlin

kann ungestört arbeiten.

Die Polnische Telegraphenagentur gibt Meldungen der polnischen Presse in Deutschland wieder, aus denen hervorgeht, daß die verriegelt gemessenen Büros des Polenbundes in Berlin wieder freigegeben worden sind. Verriegelt wurde lediglich ein Raum, in dem beanstandete Bücher untergebracht wurden. Die Arbeit war in der Berliner Polenbund-Zentrale überhaupt nicht unterbrochen. Die Räume waren nur einen Tag verriegelt, und zwar vom 17. bis 18. d. M.

Gleichfalls nach polnischen Pressemeldungen aus Deutschland wird festgestellt, daß in der Bank Slowianski auch keine Revision stattgefunden hat (die PAZ hatte bekanntlich anfangs von einer Verriegelung der Bank gesprochen und dann erklärt, die Bank sei nicht verriegelt worden, wohl aber habe eine Revision stattgefunden).

Besprechungen zwischen Polen und Danzig.

Gestern begab sich eine Delegation des Finanzministeriums nach Danzig, um mit dem Senat Besprechungen über die Neuregelung der polnischen Zollkontrolle auf dem Gebiet der Freien Stadt durchzuführen.

Touristen, die sich auf dem Kontinent befinden, daß bei den gegenwärtigen internationalen Bedingungen die Möglichkeit von bedeutenden Komplikationen im Verkehr in der künftigen Woche zu rechnen sei. Die englischen Reisebüros haben die Weisung erhalten, die Touristen, die abzureisen gedenken, ebenfalls zu warnen, im eigenen Interesse alle Ausreisen zu unterlassen.

Ribbentrop wieder in Berlin.

Moskau, 25. August. (PAZ) Der Abflug des Reichsaußenministers von Ribbentrop nach Berlin erfolgte am Donnerstag um 13.20 Uhr. Auf dem Flugplatz wurde Minister von Ribbentrop durch dieselben Persönlichkeiten verabschiedet, die ihn bei der Ankunft begrüßt hatten. Der Italienische Botschafter Moskau war ebenfalls anwesend. Die Front des Flugplatz-Bahnhofs war diesmal reicher mit deutschen Hakenkreuzfahnen geschmückt als am Tage zuvor. Abends landete das Flugzeug auf dem Tempelhofer Flugplatz. Der Reichsaußenminister begab sich unverzüglich zum Führer und Reichskanzler, der inzwischen ebenfalls in Berlin eingetroffen war.

Englisch-französische Militärmission

verläßt Moskau.

London, 25. August. (PAZ) Das Renter-Büro meldet aus Moskau, daß einige Mitglieder der britischen und französischen Militärmission am Mittwoch Moskau verlassen hat. Die übrigen Mitglieder werden im Laufe des Freitags abreisen.

Frankreich bildet ein Kabinett der nationalen Einigung?

Paris, 25. August. (PAZ) Die „Gazette“-Agentur teilt folgendes mit: Hier wird damit gerechnet, daß Ministerpräsident Daladier (in seiner Rundfunk-Ansprache am Freitag abend) an das Volk einen Appell richten wird, in welchem die Franzosen zur Einigung ermahnt werden. Ferner wird erwartet, daß der erste Ausdrück dieses Appells die Bildung eines Kabinetts der nationalen Einigung sein werde.

„Ernst aber nicht hoffnungslos!“

Paris, 25. August. (PAZ) Der diplomatische Redakteur des „Intranseant“ schreibt u. a. was folgt: „Zweifellos dauert der Nervenkrieg noch an. Die Zwischenfälle an der polnischen Grenze hören nicht auf. Man beobachtet Truppenbewegungen sowohl an den östlichen wie auch an den westlichen Reichsgrenzen. Trotzdem die Lage ernst ist, ist sie dennoch nicht hoffnungslos!“

Fürst Colonna †.

Rom, 25. August. (PAZ). Am Donnerstag nachmittags ist im Alter von 48 Jahren der Gouverneur von Rom, Fürst don Piero Colonna, gestorben.

Wettervorhersage:

Leichte Bewölkungszunahme.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet leichte Bewölkungszunahme bei wenig veränderten Temperaturen an.

Wojewodschaft Pommerellen.

Bromberg (Bydgoszcz)

25. August.

„Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!“

Röm. 7, 18-24: So hat ein Dichter geklagt. So hat es der Apostel Paulus empfunden. So erleben wir es, wenn wir in unser inneres Leben schauen.

D. Man.

Verbot des Verkaufs und Anschaffens alkoholischer Getränke auch in Bromberg.

Die Burgstarosteii gibt bekannt, daß der Verkauf und Anschaffung von Getränken, die mehr als 4 Prozent Alkohol enthalten, auf dem Gebiet der Stadt Bromberg in der Zeit vom 25. bis 27. August 1939 verboten ist.

Das Straßenbahnetz in Polen. Im Vorjahre betrug die Länge der Straßenbahn in 11 Städten Polens 303 Kilometer. Das längste Straßenbahnetz hatte die Hauptstadt Warschau, und zwar 120 Kilometer.

Ein Feuer brach am Donnerstag an der Ecke Starożytna (Alte Schulstraße) und Nowogrodzka (Neue Schulstraße) aus. Bei der Ausbesserung des Daches des Hauses von Stanisław Woźniak stürzte ein Kessel mit Teer um.

Ein dreifacher Diebstahl wurde bei dem Promenadenstr. 29 wohnenden Teodor Fedrzejak begangen. Ihm wurde ein elektrischer Apparat im Werte von 180 Zloty gestohlen.

Fahrraddiebstähle. Dem M. Piotrowski 10 wohnenden Bernard Górski wurde ein Herrenfahrrad gestohlen, das er vor dem Gebäude des Hauptpostamtes stehen gelassen hatte.

Wegen Kindesansetzung hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts die 23jährige Ehefrau Rozalia Kublińska zu verantworten.

Grudenz (Grudziadz)

Ungültigkeitserklärung von dörflichen Wahlen.

Bei den diesjährigen Wahlen für die Gromadenräte war in der Ortschaft Michal (Michala) bei Grudenz von der Kommission die Liste Nr. 1 für ungültig erklärt worden.

fung der Beschwerdepunkte die von der Wahlkommission vorgenommene Ungültigkeitserklärung der Kandidatenmeldungen auf Liste Nr. 1 für grundlos erachtet und festgestellt, daß somit die Wahlen nicht im Einklang mit den Vorschriften des Gesetzes vom 16. 8. 1938, Pos. 481 D. Ust., durchgeführt worden seien.

Das Schicksal des Graudenz Gemeindehauses.

Wie uns berichtet wird, besteht offenbar die Absicht, auch das Graudenz Evangelische Gemeindehaus in Besitz zu nehmen. Das Gemeindehaus gehört aber nicht, wie in einem in dieser Angelegenheit zugestellten Schreiben mit der Aufschrift „Stowarzyszenie Gemeindehausverwaltung“ angenommen wird, einem Verein.

Ausweisung von Dr. Gramse aus Graudenz.

Den Ausweisungsbefehl mit dreitägiger Frist erhielt am Dienstag dieser Woche von der Graudenz Starosteii der stellvertretende Direktor des Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften für die Wojewodschaft Pommerellen, Dr. Joachim Gramse in Graudenz, der Danziger Staatsbürger ist.

Allgemeinpolnische Schwimmwettbewerbe unter Beteiligung hervorragender Schwimmer Polens finden am nächsten Sonntag, 27. August d. J., hierort statt.

Während der Fahrt bestohlen. Der vom Chauffeur Józef Kotanek aus Gdingen erstatteten Meldung zufolge sind ihm auf der Chaussee zwischen Reuturg (Nowa Karczma)—Zelgoisz (Zelgojsza), Kreis Stargard, von seinem Auto 190 Kilogramm ungebrannter Kaffee im Werte von 900 Zloty während der Fahrt gestohlen worden.

Wohnungs- und andere Diebstähle. Aus der Ignacy Peliński'schen Wohnung, Jackowkistr. 12, wurden Kleidungsstücke im Werte von 40 Zloty entwendet.

Thorn (Toruń)

Von einem Hund gebissen wurde in der Kanalstraße (ul. Wodna) auf der Culmer Vorstadt die siebenjährige Maciejewska. Der Hund gehört Herrn Rutkowski aus der Kanalstraße 6.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 22. d. M. zerklüngen unbekannte Täter die Scheiben der Schlosserwerkstatt von Maximilian Kowalski in der Mellienstraße (Mickiewicza) 57 und drangen in die Werkstatt ein, wo sie Werkzeug im Werte von 70 Zloty entwendeten.

Noch glimpflich abgelaufener Autounfall. Der Personenwagen Nr. Pr. 638, dem Inhaber der Thorner Stempelfabrik S. Rauch gehörig, der von dessen Sohn Gerhard gesteuert wurde, befand sich auf der Culmer Chaussee (ulica Romana Dmowskiego) in der Nähe des dortigen GetreideSpeichers, wo er einem Militärlastwagen ausweichen mußte.

Dirschau (Izjew)

Vor dem hiesigen Bürgergericht stand der 16 Jahre alte Alfons Drobil von hier wegen Überredung des neunjährigen B. Kusz zum Diebstahl. Letzgenannter Junge stahl seinem Vater 240 Zloty. Dieses Geld verbrachte D. mit zwei Freunden. Das Gericht verurteilte D. zur Unterbringung in einer Besserungsanstalt mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Ronitz (Chojnice)

Schulanfang. Das neue Schuljahr 1939/40 beginnt an allen hiesigen Volks- und Mittelschulen am Montag, dem 4. September. An diesem Tage findet ein feierlicher Schulgottesdienst statt.

Alte Schulansweise gültig. Aus Anlaß des bevorstehenden Schulbeginnes wird bekannt gemacht, daß die alten Schülerausweise zur Erlangung der ermäßigten Schülerfahrkarten weiterhin gültig sind, und zwar bis 1. Oktober dieses Jahres.

Achtung Hausbesitzer! Die hiesige Stadtverwaltung gibt zur Kenntnis, daß sämtliche Schäden an der Kanalisation, wie Verstopfung und Schäden an den Rohrleitungen während der Dienststunden von 8 bis 15 Uhr im Rathauszimmer 9 gemeldet werden müssen.

Br Gdingen (Gdynia), 25. August. Der seinerzeit vom Landgericht wegen Mordes an der Gertrud Raczk zum Tode verurteilte, in Kolonie Gdingen wohnhafte Stanislaw Adamczewski, wurde bei einer nochmaligen Gerichtsverhandlung zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Br Gdingen (Gdynia), 25. August. In Swierczyno wurde in einem Torloch die Leiche eines Säuglings weiblichen Geschlechts aufgefunden.

Guldenhof (Zlotniki Kuj.), 25. August. Am Mittwoch ereignete sich auf der Chaussee Bromberg—Znowroclaw in der Nähe Rosjowo ein schwerer Unfall, dem die 20jährige Frau Elyweira Leliska aus Rosjowo zum Opfer fiel.

Groß-Neudorf (Nowawies Wielka), 25. August. Nachts verschafften sich Einbrecher durch die Korridor-tür Eingang in die Wohnung des Besitzers Edmund Dmianski in Lubiano. Sie drangen bis in das Schlafzimmer vor, in dem der Besitzer schlief, dessen Schwerhörigkeit ihnen zufliegen kam und entwendeten eine wertvolle Herrenuhr, ein Taschenmesser und 36 Zloty Bargeld.

Znowroclaw, 25. Aug. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Ausgang der ul. Toruńska. Die dort wohnhafte neunjährige Antonina Niemeza lief über den Fahrdamm, ohne darauf zu achten, ob die Straße von Fahrzeugen frei sei.

Znowroclaw, 25. August. Die Stadtverwaltung Znowroclaw sieht sich zur Einrichtung neuer Straßen gezwungen und auch der Umbau einiger bereits bestehenden Straßen ist dringend notwendig geworden.

Znowroclaw, 25. August. Die Stadtverwaltung Znowroclaw sieht sich zur Einrichtung neuer Straßen gezwungen und auch der Umbau einiger bereits bestehenden Straßen ist dringend notwendig geworden.

Znowroclaw, 25. August. Die Stadtverwaltung Znowroclaw sieht sich zur Einrichtung neuer Straßen gezwungen und auch der Umbau einiger bereits bestehenden Straßen ist dringend notwendig geworden.

Thorn.

Dr. med. H. Raeder, Toruń

verreist.

4973

Einmach- Pergament - Papier Justus Wallis, Papierhandlung

Gegr. 1853 Szeroka 34 Ruf 14-69

Richtl. Nachrichten

Sonntag, 27. August 1939 12. nach Trinitatis

bezeichnet anschließende Abendmahlfeier.

Gr. Böiendorf. Um 9 Uhr Hauptgottesdien * um 10 1/2 Uhr Abendgottesdienst, um 4 Uhr Jugendgottesdienst.

Benau. Der Gottesdienst fällt aus.

Grudenz.

In Grudziadz

Anzeigen-Annahme

für die

„Deutsche Rundschau“

Arnold Kriedte, ul. Mickiewicza 10, Tel. 2085.

Verlangen Sie unverbindlichen Vertreter-Besuch.

